

EU versagt bei Schutz von Kontodaten

Brüssel weicht Abkommen mit USA immer weiter auf

Benjamin Dierks, Brüssel

Financial Times Deutschland, 03.12.12

Die Europäische Union verzichtet auf einen strengeren Schutz von Kontodaten der Bürger: Die USA kommen weiter ungefiltert an europäische Kontoinformationen und blockieren vereinbarte Kontrollinstanzen. Anders als im Swift-Abkommen geregelt, das seit August 2010 gilt, können EU-Bürger nicht kontrollieren, ob und in welchem Umfang persönliche Daten gespeichert wurden. Zudem will die EU-Kommission nach FTD-Informationen darauf verzichten, ein eigenes System zur Analyse von Kontodaten aufzubauen. So sollte verhindert werden, dass Daten massenhaft an die USA gesendet werden.

Damit können Kontodaten von EU-Bürgern wahllos an die USA übermittelt und dort gespeichert werden. Nahezu alle geplanten Kontrollmechanismen sind inzwischen ausgehebelt. Der seit mehr als zwei Jahren geltende Vertrag soll die Einsicht Washingtons in europäische Bankdaten regeln. Ziel ist es, die Finanzierung von Terrorismus zu verhindern. Kritiker bemängeln, dass Daten Unbeteiligter ungeschützt seien. Auch die Kontrolle durch die EU-Polizeibehörde Europol gilt als weitgehend wirkungslos.

Eigentlich haben EU-Bürger das Recht, Informationen über die Speicherung persönlicher Daten zu erhalten und sie korrigieren oder löschen zu lassen. Derartige Versuche laufen aber ins Leere. Der FTD vorliegende Schreiben aus dem Büro des Bundesdatenschutzbeauftragten dokumentieren, dass die US-Behörden Auskunftersuchen länger als ein Jahr verschleppen. Die US-Seite ließ Anfragen demnach mehrfach unbeantwortet und gab später an, sie nicht erhalten zu haben – laut den Unterlagen keine Einzelfälle.

Trotz dieser Missstände soll das Abkommen nicht durch eine EU-Kontrolle erweitert werden – anders als ursprünglich angedacht. Das System hätte dafür sorgen sollen, dass die Daten zunächst in Europa untersucht und nicht mehr in so großem Umfang an die USA geliefert werden. Ein entsprechender Gesetzesvorschlag soll nun ausbleiben, aus Angst vor ausufernden Kosten.



und nicht mehr in so großem Umfang an die USA geliefert werden. Ein entsprechender Gesetzesvorschlag soll nun ausbleiben, aus Angst vor ausufernden Kosten.

Brüssel ist mit dem laufenden System offenbar zufrieden. Das steht nach FTD-Informationen in einem Prüfbericht, der in den kommenden Wochen erwartet wird. Die Kommission wollte dies nicht bestätigen. Brüssel kippt damit eines der größten Zugeständnisse zur Einführung des Abkommens. Allerdings war auch das geplante europäische Datenanalyse-System heftig kritisiert und als „Finanzgeheimdienst“ beschimpft worden.